

SCHLEI-POST



Herausgeber SPD-Ortsverein Rieseby
V. i. S. d. P. Roger Indinger
Dingstock 2
24354 Rieseby
0 43 55/ 999 721
Auflage 2.000 Stück
Erscheint seit Februar 1978
Internet www.spd-rieseby.de

RIESEBY
LOOSE

SPD

BUNDESTAGSWAHL AM 23. FEBRUAR 2025

Was die SPD erreicht hat

Hinter der Ampelkoalition liegen drei ereignisreiche Jahre. Drei Jahre, in denen intensiv, engagiert und – allem schlussendlichem Ärger zum Trotz – erfolgreich gearbeitet wurde. Mit viel Einsatz und Energie hat die SPD das Leben vieler Menschen besser gemacht. Die Zeiten waren nicht einfach: Klimakrise, Krieg in Europa, hohe Energiepreise und bröckelnder sozialer Zusammenhalt waren und sind große Herausforderungen. Die SPD hat hier umgehend und umfassend reagiert, um die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine abzufedern, sie hat einen Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet, den Klimaschutz vorangetrieben und den Zusammenhalt gestärkt.

In der Regierungszeit wurden viele zentrale Vorhaben umgesetzt, an entscheidenden Stellen Verbesserungen für die Menschen erzielt und die Modernisierung des Landes vorangebracht. Die Bilanz der SPD kann sich sehen lassen: von der Erhöhung des Kindergeldes bis zur Anhebung des Mindestlohns, vom massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Deutschlandticket, von Investitionen in die Infrastruktur bis zur Krankenhausreform, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Jetzt ist es an der Zeit, in dieser Ausgabe eine Auswahl genauer zu betrachten!



Mehr Netto für Beschäftigte und Familien

Familien und Beschäftigte sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Damit sie mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten zurechtkommen, haben wir finanzpolitisch gegengesteuert, indem wir Steuern gesenkt und das Kindergeld erhöht haben.

Mehr Kindergeld

Das Kindergeld ist zum Januar 2023 um 31 Euro für das erste und zweite Kind und um 25 Euro für das dritte Kind auf 250 Euro pro Kind gestiegen. Auch der Kinderfreibetrag wurde mehrfach angehoben, zuletzt im Januar 2024. Der Ausbildungsfreibetrag ist 2023 auf 1.200 Euro gestiegen.

Der Kinderzuschlag für Eltern mit geringem Einkommen ist ab Januar 2023 auf bis zu 250 Euro monatlich und ab Januar 2024 auf bis zu 292 Euro monatlich erhöht worden.

Kinder und Jugendliche im Bürgergeldbezug erhalten höhere Regelsätze. Von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten seit Juli 2022 außerdem einen Sofortzuschlag von monatlich 20 Euro zusätzlich.



Gleiche Chancen für junge Menschen

Wir wollen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben – unabhängig von Herkunft oder Wohnort. Wir unterstützen Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg ins Erwachsenenwerden – von der Kita über die Schule bis zur Ausbildung.

Mehr Bafög für mehr junge Menschen

Die Chance auf ein Studium darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. So wurde der Grundbedarf zweimal erhöht: auf bis zu 475 Euro pro Monat. Der Wohnkostenzuschlag stieg insgesamt auf bis zu 380 Euro. Zusammen mit erhöhten Kranken- und Pflegeversicherungszuschlägen ist der Förderhöchstsatz damit auf 992 Euro angestiegen – ein Plus von 15 Prozent seit Mitte 2022.

Auch die Elternfreibeträge sind seit Beginn der Wahlperiode zweimal angestiegen: zunächst um 20,75 Prozent im Wintersemester 2022/23, zuletzt um weitere 5,25 Prozent.

Die Altersgrenze für den Ausbildungsbeginn wurde auf 45 Jahre angehoben. Dadurch haben mehr junge Menschen einen Anspruch auf Bafög.

Bafög:
+ 15 %
seit 2022.

Freibeträge vom Elterneinkommen:
+ 27 %
seit 2022.

Schutz und Chancen für Beschäftigte

Wer jeden Tag zur Arbeit geht, verdient für seine Leistung gute Bezahlung und Anerkennung.

Höherer Mindestlohn

Wer den ganzen Tag arbeitet, verdient einen Lohn oberhalb der Armutsgrenze. Deshalb wurde der gesetzliche Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 von 10,45 Euro auf zwölf Euro angehoben – eine Lohnerhöhung für mehr als sechs Millionen Beschäftigte. Wer Vollzeit arbeitet, verdiente danach rund 2.100 Euro brutto pro Monat (statt 1.700 Euro) – eine Lohnerhöhung von 22 Prozent.

Niedriglohnssektor schrumpft durch Erhöhung des Mindestlohns:

19 % → 16 %
April 2022 April 2023

Bezahlbares Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss bezahlbar bleiben. Deshalb fördern wir den sozialen Wohnungsbau. Mit der Wohngemeinnützigkeit haben wir eine weitere Säule für mehr bezahlbaren Wohnraum geschaffen. Zudem wurde eine große Wohngeldreform auf den Weg gebracht.

Mehr Wohngeld für mehr Menschen

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zur Miete oder für das selbstgenutzte Eigenheim, um Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen Einkommen bei ihren Wohnkosten zu entlasten. Wir haben dafür gesorgt, dass die Zuschüsse steigen und mehr Menschen unterstützt werden. Inklusiv einer neuen dauerhaften Klima- und Heizkostenkomponente liegt das Wohngeld statt bei 180 Euro nun bei durchschnittlich 370 Euro pro Monat – also doppelt so hoch wie bislang. Ab 2025 wird es im Schnitt um weitere 15 Prozent erhöht. Über 1,2 Millionen Haushalte werden derzeit durch das Wohngeld entlastet – vor der Reform waren es nur 600.000.

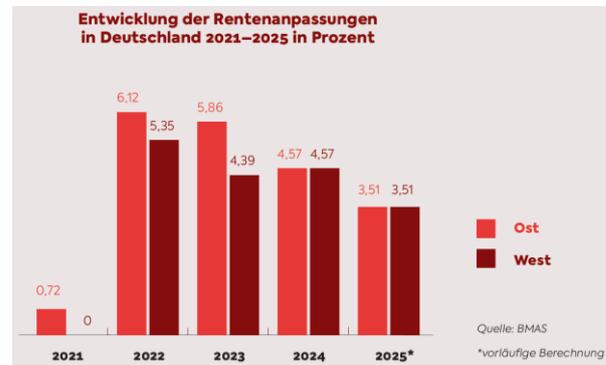


Die Renten steigen

Lebensleistung verdient Anerkennung. Wir wollen, dass die gesetzliche Rente die zentrale und langfristig verlässliche Säule der Altersvorsorge in Deutschland bleibt. In den vergangenen Jahren haben wir für kräftige Rentenerhöhungen gesorgt und erwerbsgeminderte Rentnerinnen und Rentner bessergestellt. Seit Mitte 2023 gilt ein gleich hoher Rentenwert in Ost und West.

Deutliche Rentenerhöhungen

Die Renten sind in den letzten Jahren wieder kräftig gestiegen. 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner haben von den Rentenerhöhungen profitiert. 2022 gab es im Westen mit 5,35 Prozent das größte Rentenplus seit 40 Jahren. Im Osten betrug die Erhöhung sogar 6,12 Prozent. 2023 sind die Renten ebenfalls kräftig gestiegen (4,39 Prozent im Westen, 5,86 Prozent im Osten). Auch zum 1. Juli 2024 gab es einen deutlichen Anstieg um 4,57 Prozent bundesweit. 2025 steigen die Renten voraussichtlich um 3,51 Prozent.



Bezahlbare und nachhaltige Mobilität

Die Herausforderungen der Verkehrspolitik sind groß: die Infrastruktur von Straße, Schiene und Wasserstraße muss modernisiert werden, gleichzeitig soll Mobilität für alle bezahlbar und möglichst klimaschonend sein.

Deutschlandticket

Mit dem Deutschlandticket kann man für 49 Euro (ab 1. Januar 2025 für 58 Euro) pro Monat günstig, bequem und unkompliziert in allen Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs durch ganz Deutschland fahren. Das ermöglicht günstige Mobilität für viele, setzt einen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn und hilft, die Klimaziele zu erreichen. Pendlerinnen und Pendler sparen mit dem Deutschlandticket jeden Monat richtig Geld beim Bus- und Bahnfahren. 2023 und 2024 hat der Bund die Länder mit jeweils 1,5 Milliarden Euro unterstützt, die Länder leisten einen Betrag in derselben Höhe.

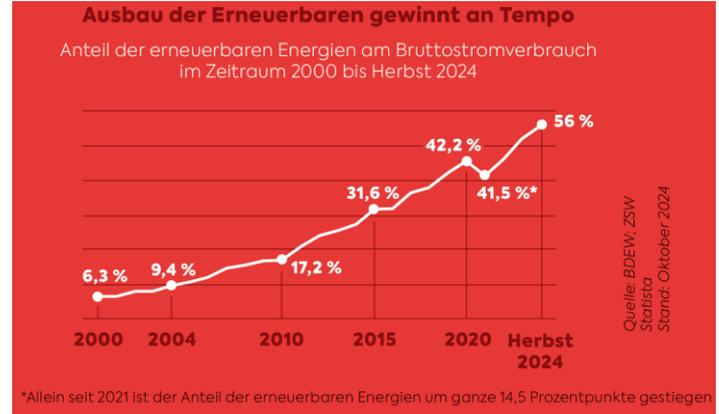


Sichere Energie und sozialer Klimaschutz

Deutschland soll 2045 klimaneutral werden. Richtschnur unseres Handelns sind die Pariser Klimaziele und das deutsche Klimaschutzgesetz. Haupttreiber ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Energie muss klimaneutral, sicher und bezahlbar sein.

Erneuerbare Energien ausgebaut

Wir haben die Ausbauziele erhöht und Genehmigungsverfahren von Windkraft an Land und auf See sowie Freiflächen-Photovoltaik (PV) vereinfacht, den Bau von PV-Anlagen finanziell erleichtert und mehr Flächen bereitgestellt. Auch Stromnetze können nun schneller und unbürokratischer ausgebaut werden. Das Ergebnis lässt sich sehen: Wir haben das Tempo beim PV-Ausbau verdoppelt und die für 2024 geplanten Ausbauziele bereits vor Jahresende erreicht. Auch bei der Windkraft kommen wir gut voran. 2023 stammte bereits über die Hälfte des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien.

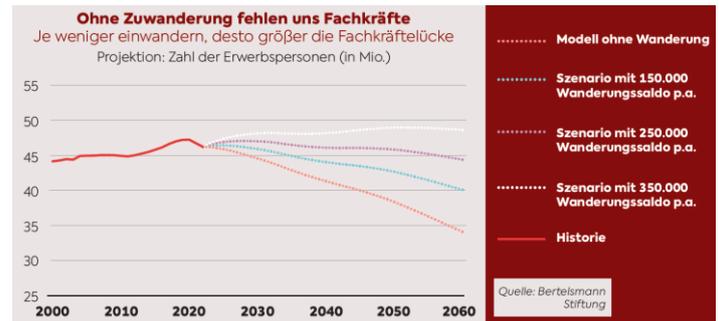


Migration ordnen, Integration voranbringen

Deutschland ist ein Einwanderungsland – und dringend auf Fachkräfte auch aus dem Ausland angewiesen. Gleichzeitig stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung und zum Grundrecht auf Asyl. Humanität und Ordnung bedeuten, schutzberechtigten Menschen Schutz zu gewähren und irreguläre Migration zu begrenzen.

Modernes Einwanderungsrecht

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist es für Fachkräfte aus dem Ausland nun deutlich leichter, in Deutschland zu arbeiten. Die steigenden Zahlen zeigen: Die stärkere Öffnung und Vereinfachung der Arbeitskräftezuwanderung funktioniert und ist erfolgreich. Sie basiert auf drei Säulen: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial. Bei nicht reglementierten Berufen braucht es nun keine formale Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses mehr, wenn eine im Herkunftsland anerkannte Ausbildung sowie ausgeprägte berufspraktische Erfahrungen vorliegen.



Moderner Staat

Bürgerinnen und Bürger erwarten zurecht, dass Dinge funktionieren. Wir haben vieles angepackt, was seit Jahrzehnten liegengeblieben ist. Wir wollen und brauchen einen digitalen Staat, der das Leben erleichtert und Behördengänge auf ein Minimum reduziert.

Schnelles Internet für alle

Alle Bürgerinnen und Bürger haben seit 2021 einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet. Wir haben 2023 die Mindestanforderungen an einen Internetanschluss angepasst. Künftig werden die Untergrenzen auf 15 Megabit pro Sekunde im Download und auf fünf Megabit pro Sekunde im Upload steigen. Wir haben den Breitbandausbau gefördert – allein in den vergangenen drei Jahren mit über zehn Milliarden Euro. Bis 2030 sollen alle Haushalte einen Glasfaseranschluss haben.

